

27. 05. 87

Sachgebiet 611

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes (Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988 — StSenkErwG 1988) — Drucksache 11/285 —

hier: Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates

Zu Nummern 1 und 2

Die Bundesregierung bittet, die Ergänzungsvorschläge des Bundesrates im Rahmen dieses Gesetzesvorhabens nicht aufzugreifen. Beide Vorschläge bedürfen einer eingehenden Prüfung unter steuersystematischen und haushaltspolitischen Gesichtspunkten. Diese Prüfungen könnten im Zuge dieses Gesetzgebungsverfahrens nicht termingerecht mit der gebotenen Sorgfalt durchgeführt werden. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene zusätzliche Steuersenkung bereits zum 1. Januar 1988 sollte im Interesse der Klarheit und Berechenbarkeit der Finanz- und Steuerpolitik möglichst schnell verwirklicht werden. Auf eine termingerechte Verabschiedung muß die Bundesregierung sowohl im Hinblick auf die mit dem Gesetz angestrebte zusätzliche Belebung der inländischen Wirtschaftstätigkeit als auch auf die internationalen Absprachen größten Wert legen. Schließlich ist

wichtig, daß Steuerverwaltung und Steuerzahler möglichst bald Klarheit über das ab 1. Januar 1988 geltende Steuerrecht erhalten.

Die Bundesregierung ist bereit, die Vorschläge des Bundesrates unabhängig von diesem Gesetzesvorhaben sorgfältig zu prüfen.

Zu Nummern 3 und 4

Für diese Vorschläge des Bundesrates gelten ebenfalls die zu Nummern 1 und 2 dargestellten Bedenken der Bundesregierung. Die Fragen der Deckung der mit der Steuersenkungs- und Steuerreformpolitik der Bundesregierung verbundenen Steuerausfälle für Bund, Länder und Gemeinden sowie der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern werden unabhängig von diesem Gesetzesvorhaben geprüft.

